

Reisebus-Streit spitzt sich zu

Verkehrsgewerbe: Umweltzone nicht verschärfen / Touristik-Zentrale spricht von „ersten Absagen“ 2012

Bremen (jap-eh). Kritik und Warnungen neben nicht ab-Welt Reisebusen ab 2012 eine optische Plakette für die Fahrt in der Bremer Umweltzone brauchen, rufen Touristik-Zentrale (ITZ) sowie Hotel- und Gaststättenverband mit massiven Einbrüchen im Tourismusgeschäft. Nach ITZ-Angaben gibt es schon „erste Absagen“ von Busunternehmen, etwa für die Messe „Incentive Day Bremen“ am 29. September 2012. Wie viele Stornierungen insgesamt vorliegen, konnte ITZ-Sprecherin Malke Lucas gestern jedoch nicht sagen.

Wie berichtet, hat der Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen seinen Mitgliedsunternehmen empfohlen, Bremen ab 2012 weiterhin zu umfahren. Der Verband fordert vom Bremer Senat die Rücknahme der Verschärfung. Nach seiner Darstellung erfüllen etwa drei Viertel aller

Reisebusse noch nicht die Voraussetzungen für eine grüne Plakette. Und eine Umfärbung der Fahrzeugseil sehr teuer.

Seit Mitte 2008 hätten die Busunternehmen Zeit gehabt, sich umzufärben, argumentiert das Umweltressort. Jetzt aber, kurz vor Schluss, wurde heftig getürmt. Busbetriebsrat Breggell kritisiert machte gestern deutlich, dass es keine generelle Ausnahmeregelung für Reisebusse geben werde. Sonst drohten Wettbewerbsverzerrungen und die Überschreitung von Feinstaub-Grenzwerten. Busunternehmen müssten sich am Umweltschutz beteiligen.

Eine Ausnahmeregelung gilt allerdings: Wenn sich Reisebusse bei grünen nicht nachprüfen lassen, dürfen sie weiterhin mit gelber Plakette in die Umweltzone. Auf diese sogenannte Bremer Lösung habe sich das Ressort vergangene Woche verständigt.

Das nicht dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga Bremen) jedoch nicht. Mit der generellen Pflicht zur grünen Plakette drohten die Touristenzahlen einzubrechen, glaubt Geschäftsführer Thomas Schüller. „Dadurch werden auch kleinere Stornierungen sinken. Man kann niemandem vermitteln, dass Bremen einseitig in einer Haushaltsnotlage steckt und sich andererseits solche Regelungen leistet“, sagte Schüller.

Mit dieser Haltung hat er die CDU an seiner Seite. Der „Bremer Tourismus droht Schaden zu nehmen – und was Umweltsenator Lohse dagegen unternimmt, ist weniger als halbherzig“, kritisiert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Holke Schwamm. Die CDU will nun im Parlament gegen die Verschärfung der Bremer Umweltzone vorgehen.

Streit um Lohses Plan

Mobilitätskonzept: SPD und grüner Verkehrssenator verfolgen unterschiedliche Ziele

Die rot-grüne Koalition steuert auf einen handfesten Krach in der Verkehrspolitik zu. Umweltsenator Joachim Lohse will sich heute von der Deputation ein Ja holen, um für 400.000 Euro einen Verkehrsentwicklungsplan aufzustellen. Die SPD will dem aber nicht zustimmen. Sie verlangt zuerst Klarheit darüber, dass am Ende des Prozesses mehr herauskommt als allein der Ausbau des Radwegenetzes.

VON MICHAEL BRANDT

Bremen. Bei der Verkehrspolitik erweisen sich SPD und Grüne momentan als eine Geschwindschickel, die in Tempo 30-Zonen undersagt. Schon in den vergangenen Monaten sahen politische Vorschläge zum Themenkomplex Mobilität immer wieder für Konflikte. Zum Beispiel die Fahrrad-Schnellstraßen, die die Grünen fordern, oder die Fahrrad-Zählstation auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke.

Der aktuelle Streit macht sich am Vorhaben fest, für Bremen einen Generalverkehrsplan aufzustellen. Im Kern geht es dabei nicht um den Plan an sich, der ist schon im Koalitionsvertrag verabredet worden. Es geht vielmehr um die Frage, wie im rot-grünen Regierungsabkommen für die Verkehrspolitik bis 2015 die Richtung vorgeht und welche Schwerpunkte dabei verfolgt werden. Die SPD will das Wirtschaftswort einbinden und legt auch einen erkennbaren inhaltlichen Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum, das Haus von Umwelt- und Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) hingegen stellt Fahrräder und Straßenbahnen deutlich nach vorn.

Der Antrag für die heutige Sitzung ist wenig auffällig. Auch der Inhalt bietet auf dem ersten Blick kaum Aufregendes. „Der Verkehrsentwicklungsplan ist ein strategisches Konzept“, heißt es zum Beispiel im Entwurf. Oder: „Im Vergleich mit anderen Großstädten und Metropolregionen ist festzustellen, dass der Fußverkehr relativ niedrig“ ist. Doch gerade diese Unverbindlichkeit stört offenbar die SPD ganz erheblich. Sie will ausserdem noch der Frage der 400.000 Euro erst zustimmen, wenn die eigentliche Zielrichtung der Verkehrsplanung wenigstens grob umrissen ist.

Lohse plant, für das Verkehrskonzept Gutachten in Auftrag zu geben, mehrere Befragungsergebnisse zu veröffentlichen und den endgültigen Plan Mitte 2014 vorzustellen. Auch dieser Zeitrahmen soll hinter dem Kulissen für Unstimmigkeit sorgen haben. Kritik aus dem Regierungslager: Wenn sich der Prozess verzögert, dann präsentieren man den Verkehrskonzept im Kommunisten direkt im Vorfeld der nächsten Wahl. Ein strafferes Ablauf wird gewünscht.

Krisensitzung vor der Sitzung

An den vergangenen Tagen wurden zahlreiche Versuche unternommen, den Konflikt zwischen den Regierungspartnern noch beizulegen, ohne bis in die Deputation zum offenen Schlagabtausch kommt. Unter anderem wurde nach Informationen dieser Zeitung für den heutigen Vormittag ein Spitzengespräch im Verkehrsressort anberaumt, um in letzter Minute das Verfahren zu beenden.

Zur Einordnung des derzeitigen Konflikts muss man in die längste Vorparlamentarität zurückblenden. Mitte November erst



Der grüne Umweltsenator Joachim Lohse will einen Verkehrsentwicklungsplan aufstellen. Die SPD ist unruhig und will heute nicht zustimmen. FOTO: THOMAS KÖCH

befand sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf Klausurtagung in Wildeshausen und verabschiedete dort einen Beschluss unter der Überschrift „Mobilität mit Zukunft“. Darin fordern die Sozialdemokraten einen „Masterplan Mobilität“, der unter Federführung des Umweltsenators und unter der Wirtschaftsleiters entwickelt werden sollte. Der Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe sprach von einer „Postbescheidmahnung“, wobei die SPD die gesamte Stadt im Blick habe.

In einer ganzen Reihe von Punkten wird in dem fünf Seiten umfassenden Papier auf die Wichtigkeit von Wirtschaftswachstum hingewiesen, vom baldigen Bau der A 201 über die Weiterentwicklung bis zur Hafenanbindung in Brunsbüttel. Und klare Absätze der SPD: Es sei nicht zieldienlich, eine verkehrspolitische Debatte ausschließlich

„entlang der Forderungen einzelner Interessengruppen“ zu führen.

Nicht im letzten Tag kam die schriftliche Antwort aus dem Haus des Verkehrsministers. Was bei der SPD für leichten Unmut sorgte. Lohse kündigte per Pressemitteilung an, er werde für die heutige Deputation einen Beschlussvorschlag machen. Die Gewichtung ist klar etwas anders. „Nur wenn wir schaffen, die Lebensqualität, den Umweltschutz und die Standorticherung in der Verkehrsplanung zu berücksichtigen, können wir gemeinsam die Zukunft Bremens gestalten.“

Die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung beginnt um 14.30 Uhr im Abgeordnetensaal, Wechselsaal 23. Auf der Tagesordnung steht unter anderem auch eine Beratung über den Haushalt.